

1861/J XXI.GP  
Eingelangt am: 2.1.2001

### Anfrage

der Abgeordneten Großruck  
und Kollegen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend die Schließung von Bezirksgerichten

Einem Artikel der "Welser Rundschau" vom 25. Jänner 2001 (Beilage) ist unter der Überschrift "Bezirksgerichten soll bald die letzte Stunde schlagen" zu entnehmen, daß das Bundesministerium für Justiz die Zahl der Eingangsgerichte von derzeit 213 auf 64 reduzieren will. Zu den Eingangsgerichten zählen Landesgerichte und Bezirksgerichte. "Die Tage eines Großteils der 192 Bezirksgerichte sind gezählt - auch jene von Lambach, Grieskirchen und Eferding. Bemessungsgrundlage ist die Zahl der Richter - und die ist nach dem Plan des Ministeriums an allen drei Bezirksgerichten zu klein für eine Weiterführung." Diese Information soll der Bundesminister für Justiz anlässlich der Bestellung der neuen leitenden Staatsanwältin in Wels in seiner Rede weitergegeben haben.

Deshalb richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

### A n f r a g e

1. können Sie den Inhalt dieses Artikels bestätigen?
2. Welche Bezirksgerichte in Oberösterreich sollen laut Plan Ihres Ministeriums von einer Schließung betroffen sein?
3. In welchem Zeitraum sollen diese Bezirksgerichte geschlossen werden?
4. Können Sie sich vorstellen, Bezirksgerichte durch die Übertragung anderer Aufgaben aufzuwerten und damit Schließungen zu vermeiden?

Welser Rundschau  
 Nr. 04/25. Jänner 2001  
 Seite 3

## Bezirksgerichten soll bald die letzte Stunde schlagen

Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer ließ in Wels keinen Zweifel

„Die Bundesregierung wird alles daransetzen, die Zahl der Eingangsgerichte von 213 auf 64 zu reduzieren“, verkündete Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer bei seinem Besuch in Wels anlässlich der Ernennung von Dr. Ulrike Althuber zur leitenden Staatsanwältin.

Zu den Eingangsgerichten zählen Landesgerichte und Bezirksgerichte. Böhmdorfers Ankündigung bedeutet: Die Tage eines Großteils der 192 Bezirksgerichte sind gezählt – auch jene von Lambach, Grieskirchen und Eferding. Bemessungsgrundlage ist die Zahl der Richter – und die ist nach dem Plan des Ministeri-

ums an allen drei Bezirksgerichten zu klein für eine Weiterführung.

Das ‚Damoklesschwert‘ der Schließung hängt ja schon einige Jahre über den Bezirksgerichten. Schon des öfteren verlauteten aus Wien die Reformpläne. In den Bundesländern folgten heftige Proteste – vor allem von Lokalpolitikern und auch vom Land OÖ.

Der Minister ließ in Wels keine Zweifel, dass es der Bundesregierung mit der Schließung sehr ernst sei und man keinen Spielraum habe: „Wir werden davon nicht abrücken!“

Es gäbe kein Land in Europa, das schneller urteile als

Österreich, meinte der Minister, aber es gäbe auch kein Land, das eine/derart veraltete

Gerichtsstruktur habe. Die Struktur aus 1848 werde von manchen Politikern zu Unrecht verteidigt. Basis für die Gründung der Bezirksgerichte sei damals jene Strecke gewesen, die mit einem Ochsenkarren innerhalb eines Tages bewältigt werden hätte können – also 30 Kilometer, erinnerte der Minister. Man müsse die Struktur einfach den heutigen Gegebenheiten anpassen. Und er adressierte an den anwesenden Landeshauptmann-Stellvertreter

Franz Hiesl: „Ich bitte Sie einfach, das zu akzeptieren!“